



Amtliche Bekanntmachung

Beschlüsse des Grossen Gemeinderates vom 12. Dezember 2016

- I.
 1. Das Budget der Stadt W'thur über die Globalkredite und Leistungsziele der Produktgruppen in der Erfolgsrechnung für das Jahr 2017 wird genehmigt.
 2. Das Budget der Stadt W'thur über die Aufwendungen und Erträge in der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens und des Finanzvermögens für das Jahr 2017 wird genehmigt.
 3. Die ordentliche Gemeindesteuer wird auf 124 Prozent (2016: 124 %) der einfachen Staatssteuer festgesetzt und zusammen mit der gesetzlichen Personalsteuer (24 Franken pro Person) in sieben Raten gleichzeitig mit der Staatssteuer bezogen.
 4. Der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) der Stadt W'thur für die Jahre 2018 bis 2020 wird in ablehnendem Sinn zur Kenntnis genommen.
- II.
 1. Die Verordnung über das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) und weitere Aus- und Weiterbildungsangebote der Stadt W'thur vom 3. Mai 2010 wird in Verordnung über Berufsbildungs- und Weiterbildungsangebote der Stadt W'thur umbenannt.
 2. Die Verordnung wird durch einen 1. Nachtrag geändert. (Der detaillierte Beschluss kann während der Beschwerdefrist auf der Stadtkanzlei eingesehen werden und ist im Internet unter <http://gemeinderat.winterthur.ch/de/politbusiness/> [«Geschäfte»/ Nr. 2016.95] abrufbar.)
- III. Der Geschäftsbericht der Sozialhilfebehörde der Stadt W'thur 2015 wird zur Kenntnis genommen.
- IV.
 1. Vom Bericht des Stadtrates zur Motion M. Gfeller (Grüne/LdU/DaP), D. Hauser (SP) und St. Terzi (EVP) betr. Ersatz für die Biotopfunktion des Toggenburgerweihers und Abklärung des möglichen Erholungspotentials wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
 2. Die Motion wird damit als erledigt abgeschlossen.
- V. Die Interpellation D. Oswald (SVP), M. Baumberger (CVP) und St. Feer (FDP) betr. Führung und Organisation im Sozialdepartement wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- VI. Das Postulat B. Huizinga-Kauer (EVP), Y. Gruber (BDP), B. Helbling-Wehrli (SP), K. Cometta-Müller (GLP) und J. Altwegg (Grüne/AL) betr. Zeitvorsorge / Solidarität zwischen dem dritten und vierten Lebensalter wird an den Stadtrat überwiesen.

- VII. Das Postulat B. Helbling-Wehrli (SP), G. Stritt (SP), B. Huizinga-Kauer (EVP) J. Altwegg (Grüne/AL) und K. Cometta-Müller (GLP) betr. Versorgung der älteren Bevölkerung unter Berücksichtigung des Grundsatzes «ambulant vor stationär» wird an den Stadtrat überwiesen.
- VIII. Das Postulat R. Keller (SVP) betr. Verbot der Benützung des öffentlichen Grundes für Aktionen mit religiösem Hintergrund wird sofort abgelehnt und damit als erledigt abgeschrieben.

Rechtsmittel:

- Beschwerde an den Bezirksrat; Frist 30 Tage ab Publikation
- Stimmrechtsrekurs an den Bezirksrat; Frist 5 Tage ab Publikation

Referendum an den Stadtrat
Frist: 30 Tage ab Publikation

Winterthur, 15. Dezember 2016 (Publikationsdatum)

Stadtkanzlei Winterthur

Internet: <http://gemeinderat.winterthur.ch/de/sitzung/>